

HEINZ J. BONTRUP



Foto: Westfälische Hochschule Gelsenkirchen

## Europa geht anders!

Der ökonomische Befund ist klar: Die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 80 Jahren – und als Folge die „Euro-Krise“ – ist durch eine neoliberale Umverteilung von Einkommen und Vermögen verursacht worden. Die Konsequenz: Überall verfielen die Lohn-, stiegen die Profitquoten. Eine immer geringere Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, die einherging mit hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Armut, musste, um das kapitalistische Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten, durch Staatsnachfrage und Sozialleistungen sowie durch Privatkredite kompensiert werden. So stiegen parallel sowohl hochkonzentrierte Vermögen als auch die Schulden nicht nur der öffentlichen Haushalte unaufhaltsam an.

Wie lässt sich gegensteuern? Kurzfristig wäre ein radikaler Vermögensschnitt durch eine weltweit konzertierte Aktion notwendig. Dafür müsste Politik allerdings nicht nur kapiern, sondern auch danach handeln, dass die Summe aller Vermögen immer gleich groß der Summe aller Schulden ist. Folgende Schritte wären dann denkbar: Bei der Vergabe neuer Staatskredite sollte die Europäische Zentralbank (EZB, s. S. 15), und dies mit den EU-Partnern abgestimmt, künftig direkt Kredite zu günstigen Zinsen gewähren – ohne dass profitorientierte Geschäftsbanken zwischengeschaltet werden. Damit würden Staatsfinanzen der Spekulation entzogen. Außerdem sollte eine in den EU-Mitgliedsstaaten gemeinsame Finanz- und Geldpolitik für sozialökologisches Wachstum und Beschäftigung sorgen. Dafür müsste der EU ein wesentlich größeres Haushaltsvolumen zur Verfügung stehen. Insbesondere der Süden und Osten Europas bräuchten zusätzlich ein von der EU gefördertes Aufbauprogramm für ihre Realwirtschaft. Innerhalb der Finanzpolitik wäre die Steuerpolitik zu harmonisieren, wären hohe Gewinne, Einkommen und Vermögen kräftig zu besteuern. Last but not least sollten Steuer- und Wirtschaftskriminalität mit dem Strafgesetzbuch und nicht wie üblich bloß mit Bußgeldern bekämpft sowie Lohn- und Arbeitszeitpolitik länderspezifisch an der jeweiligen Produktivitäts- und Inflationsrate ausgerichtet werden. Damit

„die Geißel“ Massenarbeitslosigkeit in Europa überwunden wird, wäre eine gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeitverkürzung einzuführen – mit einer 30-Stunden-Woche als Zielmarke. „Kurze Vollzeit für alle“ sollte das Credo lauten.

Mit diesen Maßnahmen könnte Politik, wenn sie denn ihr demokratisch legitimes Gewaltmonopol einsetzen würde, die verhängnisvolle Umverteilung der Lohn- zur Profitquote als originäre Krisenursache stoppen. Sie könnte Kapitalmärkte staatlich streng regulieren, Ratingagenturen und auf Leerverkäufen basierende Derivate verbieten. Der Bankensektor müsste sich auf seine Kernfunktionen (z. B. Organisation des Zahlungsverkehrs, Finanzierung privater und öffentlicher Realinvestitionen) beschränken. Vor allem aber sollte auf der politischen Agenda der EU eine durchgreifende Demokratisierung der Wirtschaft stehen. Das bedeutet mit Blick auf das Kapital: Sowohl sein Investitionsmonopol als auch seine einseitige Verfügungsgewalt über die Gewinne sind durch eine paritätische Mitbestimmung einzuschränken.

Heinz J. Bontrup,

Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen, Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik